

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstanschrift: Tageblatt Riesa.

Heftz. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtskanzlei beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1530

Großstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 273.

Sonnabend, 22. November 1924, abends.

77. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorrausbürgung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Einbrechens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhung der Löhne und Materialien zu beahlen wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Ausgabebetrags sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Zeiten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 min. breite Zeitungszelle 10 Silber- 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Zeitungszelle 100 Gold-Pfennige; zitronenförmige und tabellarische Satz 50%, Nullpfennig. Feine Tafeln, gewöhnliche Tabellen leicht, wenn der Beitrag verfüllt, durch Stroh eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs geziert. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Mittägliche Unterhaltungszeitungen — hat der Verleger einen Anspruch auf Belebung oder Nachlese der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Berger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gießstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Justizmord.

Nun haben die Franzosen ihre sadistische Genugtuung. Ein deutscher General vor den Schranken eines französischen Kriegsgerichts in den Kasernen einer mittelalterlichen Stadt. Alles wegen eines verschwundenen Toileservices. Denn die anderen so pompös verklärten Anklagepunkte gegen General von Nathusius hatte man weit unter den Tisch fallen lassen, da sie die Nächtheit einer solchen Gerichtskommission nur noch mehr enthüllt hätten. So stand man denn den traurigen Mut, den alten, kranken deutschen General, nachdem man ihn in einen Hinterhalt gelockt und ihm heimlich die Einreise genehmigt hatte, zu einem Jahr Gefängnis zu verurteilen. Auf vano, gänzlich grundlose Anschuldigungen hin. Die "ritterliche Nation" hat sich wieder einmal mit ihrem wahren Gesicht gezeigt. Das grenzenlose Sich, weiter ist es ja nichts! Ein Sich, der so weit geht, dass man sein Mädchen an den wehrlosen Angehörigen eines wehrhaften Volkes führt. Da soll man noch an "Verbindung" glauben?

Dutzende von Konsumaufsichtsverfahren sind von den Franzosen unter Brüderlichkeit jeglichen Rechtes vor einigen Jahren getätig worden und haben in der ganzen Welt die "ritterliche Nation" nur lächerlich gemacht. Wohl niemand hat geglaubt, dass sie den Mut aufzwingen würde, die Verfahren wieder aufzunehmen, wenn einmal ein solcher "Verbrecher" gefasst wurde. Belgien hat sich auch wohlweislich gehütet durch ein Wiederaufnahmeverfahren die Kommission der Konsumaufsichtsverfahren abzuschließen. Frankreich brauchte doch seine Genugtuung. Jeder wusste: es kommt zu einer Verurteilung. Denn so glauben sich die französischen Kriegsgerichte nicht "blödstellen" zu dürfen, dass sie in einem ersten Verfahren 5 Jahre Gefängnis verhängt und im zweiten zu einem Freispruch gelangen. Das ist der Blöck der bösen Tat...

Mit diesem Justizmord ist der ganzen deutschen Nation ein Schlag ins Gesicht verlest worden. Von frechen "Siegern" in unserer nationalen Ehre in den Staub getreten. Die Reichsregierung weiß höchstlich, was sie zu tun hat. Sie tut es aber bald und lasse sich nicht vom "Verbindungs"-Sich leiten! Haben die Feinde uns alles genommen, unsere Ehre haben sie nicht anzutasten. Was der "Friedensengel" Herrlot dazu sagen wird, an den in manche Deutsche bis zur Selbstverlängerung glauben, ist jetzt Nebensache. Das Schandurteil von Ville hat uns das wahre Gesicht der Franzosen wieder einmal gezeigt. Uns blüht nur das, der unire Bernichtung zum Ziel hat. Ein Ziel, das man auch unter einem demokratischen Friedensmäntelchen erreichen kann.

(Paris.) Der Verteidiger des Generals von Nathusius, Rechtsanwalt Nicolas aus Noyers, hat gestern vormittag das Kassationsverfahren gegen das vorgekündigte Urteil eingeleitet.

Eine französische Preistrümme.

Paris. (Gunkirch.) In einem Artikel zum Falle Nathusius schreibt Eric Nouelle, die bei dieser Gelegenheit auf die bevorstehenden Reichstagswahlen in Deutschland hinweist, unter anderem: Die Regierung hätte natürlich kein Recht, den Reichstag daran zu hindern, in voller Freiheit seinen Spruch zu fällen. In Wahrheit aber handele es sich darum, ob in Sachen Nathusius nicht der Grundfahrt, summum ius summa injuria gelte. Es gebe Notwendigkeiten der Verzichts, weil sonst die ganze europäische Verständigungspolitik in Frage gestellt würde. Wir dürfen, so fügt das Blatt fort, nicht vergessen, dass man Frankreich und Deutschland nicht miteinander aussöhnen wird, wenn man nicht einige Opfer bringt. (Es versteht sich von selbst, dass diese Opfer die vitalen Interessen eines Staates nicht berühren dürfen, aber im Falle Nathusius hätte man eigentlich die Flucht gehabt, nichts zu unternehmen.)

Protest des Generals Nathusius.

Ville. (Gunkirch.) General von Nathusius hat nach Besprechung mit seinem Rechtsanwalt Nicolas, der ihn gestern im Gefängnis aufsuchte, das Kassationsverfahren unterzeichnet, das sich auf gewisse prozessuale Unregelmäßigkeiten, die bei dem Verfahren vor dem Kriegsgericht vorgenommen sind, stützt. Der General hat erneut gegen seine Verurteilung lebhaft protestiert und sich wiederum als vollkommen schuldlos bezeichnet.

Weitere Urteile des französischen Kriegsgerichts.

Landau. (Gunkirch.) Vor dem französischen Kriegsgericht hielten sich gestern die Angeklöbten Alexander Dössler genannt Bob und Adam Schröder aus Ludwigshafen zu verantworten. Nach der Anklageschrift soll Dössler einen französischen Soldaten, der auf dem Bürgersteig in der Bismarckstraße in Ludwigshafen entlang ging, angestempelt und in dem bei dieser Gelegenheit entstandenen Streit durch Wehrkraft tödlich verwundet haben. Das Kriegsgericht verurteilte Dössler zu lebenslanger Zwangsarbeit und Schröder zu 5 Jahren Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Ein dritter angeblich beteiligter Arbeiter wurde außer Verfolgung gesetzt.

Landau. (Gunkirch.) Von dem französischen Kriegsgericht wurde ein marokkanischer Soldat, der die Ordenung eines französischen Obersten am 18. Juli 24 bei einem Spaziergang am Rheinufer bei Germersheim tötete, zum Tode verurteilt. Es handelte sich um ein Eisernurts-verdachtes.

Radeberger Pilsner, das bevorzugte echte deutsche Pilsner, übertrifft alle Tschechenbiere. Vertreter: R. Schwabe, Riesa

Siebzehn Listen in Ost Sachsen.

Ein Record bürgerlicher Splitterung.

Das Unglaubliche ist wahr geworden, 17 Kandidatensplitterlisten werden sich allein in Ost Sachsen um die Gunst der Wähler bemühen. Bei der letzten Reichstagswahl waren es wenigstens "nur" 16! 3 von den bisherigen Listen werden nicht wiederkommen (Republikanische Partei, Evangelische Partei und Nationalliberale Vereinigung). Diese 3 hatten nur wenige Tausend Stimmen erreicht und den für jeden vernünftigen Menschen sich daraus ergebenden Schluss gezeigt. Dieser Vernicht ungünstig waren, obwohl sie nur bündige oder wenig tauende Stimmen erhielten, auch diesmal wieder die Christlich-soziale Volksgemeinschaft des Herrn Scheel, die Volksliche Volkspartei, die Wendische Volkspartei und der unvermeidliche Häuslerbund. Auch die Volkslichen und Deutschsozialen, die bei weitem nicht die für ein Mandat nötige Stimmenzahl erreichten, sind wieder auf dem Plan und werden tausende und abertausende Stimmen der Ungleichheit aufzuführen und dem Bürgeramt entscheiden. Für die 3 wenigenen Splitterparteien sind aber gleich 4 neue in die Breite gesprungen, darunter allein 2 Aufwertungsparteien, die sich gegenwärtig in billigen Versprechen überreden, ein freier Wirtschaftsbund der Freiland-Freigeldleute, und die sogenannte Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes.

Die 17 Parteien und Parteien werden in folgender Reihenfolge aufmarschierten und auf dem Stimmzettel erscheinen. 1. Sozialdemokraten, 2. Deutschnationale, 3. Zentrum, 4. Kommunisten, 5. Deutsche Volkspartei, 6. National-Sozialistische Freiheitsbewegung, 7. Demokraten, 8. Deutschnationale, 9. Reichsbund für Aufwertung, 10. Volksliche Volkspartei, 11. Wendische Volkspartei, 12. Häuslerbund, 13. Unabhängige Sozialdemokraten, 14. Christlich-soziale Volksgemeinschaft, 15. Freier Wirtschaftsbund, 16. Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, 17. Deutsche Aufwertungs- und Aufbaupartei.

Den 3 sozialistisch-kommunistischen Listen stehen also 14 Nicht-sozialistische gegenüber, von denen nur 3 begründete Rücksturz auf Elsaß haben (Deutsche Volkspartei, Deutschnationale und Demokraten). Die übrigen 11 Parteien müssen mehr oder weniger als Splitterparteien betrachtet werden, deren ganze auf sie entfallende Stimmenzahl dem Bürgeramt verloren gehen dürfte, mit Ausnahme des Zentrums dessen Stimmen auf die Reichspartei gehen. Die Sozialdemokratie wird den unfehlbaren Helfern aus ihrer Not recht dankbar sein und ihnen im Wahlkampf als Bundesgenossen kaum wehe tun. Im übrigen steht bei einer der 17 Listen noch nicht ganz fest, ob sie mit zugelassen wird.

Wahlaufruf deutscher Arbeiters-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Berlin. Der Gesamtvorstand des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiters-, Angestellten- und Beamtenverbände veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem er die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft, die Gleichberechtigung der Gewerkschaften neben den Organisationen des Unternehmens und der Arbeitgeber, sowie eine gerechte Verteilung der Reparationslasten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Bevölkerungswirtschaft fordert und sich gegen eine einseitige hauptsächliche Begünstigung einzelner Wirtschaftsgruppen wendet. Unter Verwerfung jedes Klassenkampfgedankens verlangt er die Gleichberechtigung aller Deutschen als vollwertiger Staatsbürger.

Dr. Jarres über die Reichstagswahlen.

Berlin. Im Großen Festsaal des Vereinshauses in Berlin brach gestern abend Reichsinnenminister Dr. Jarres in einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei. Der Minister erörterte eingehend die Gründe, die zu der so schnellen Wiederholung der Reichstagswahlen geführt haben. Die Wahlen am 4. Mai hätten nicht die sichere Grundlage für eine klare und weitschauende Politik gebracht. Die Koalitionserweiterung nach rechts sei durchaus berechtigt. Leider habe sich der Reichstanzler dazu nicht entschließen können, sondern den wunderbaren, idealen aber nicht durchführbaren Gedanken verfolgt, alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einschließlich zur Mitarbeit heranzuziehen. Der Gedanke der Großen Volkgemeinschaft hätte auf diese Weise nicht verwirklicht werden können. Die Schuld an der Regierungskrise und der Reichstagsausschaltung trage nicht etwa die Deutsche Volkspartei, sondern die Demokratische Partei. Die Auflösung sei unnötig gewesen. Man hätte ohne die Demokraten regieren können. In Zukunft könne es aber mit einer so schwachen ewig wechselnden Regierung nicht gehen. Für die Neuwahlen gebe es nur ein Ziel: Eine feste und zuverlässige bürgerliche Mehrheit. Dr. Jarres betonte dann die Wichtigkeit der Befreiung des Ruhrgebietes und des deutschen Industriegebietes und wendet sich gegen die Angriffe aus demokratischen und sozialdemokratischen Kreisen, wegen der von

ihm angeblich betriebener Verschwörungspolitik, die das Rheinland ganz aufgeben will. Der Kuhkampf sei, wenn auch verloren, so doch notwendig gewesen. Es wäre der einmütige Wille des Volkes gewesen. Die Institution wäre auch ohne ihn gekommen. Im Weiteren betonte Dr. Jarres, dass man nach dem Verluste des Kuhkampfes zur

voraudigen Einstellung der Reparationszahlungen hätte kommen müssen. Damals hätte ihm aber niemand den Vorwurf zu machen gewagt, er hätte sein Rheinland preisgegeben wollen. Dr. Stresemann habe diesen Weg nicht beschreiten können, er habe jedoch Verständnis für seinen Standpunkt gehabt und ihn zum Eintritt in das Kabinett aufgefordert.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Nach Meldungen aus Paris sind am Donnerstag die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen worden, nachdem Deutschland sich verpflichtet habe, die große der 25 prozentige Exportabgabe nicht mehr aufzurollen. Danach würden also die bei den Verhandlungen am 5. November aufgestellten Missverständnisse beseitigt sein. Es muss aber nochmals hervorgehoben werden, dass die Erklärung der deutschen Delegation am 5. November nicht beabsichtigt, diese Reparationsabgabe bei den Handelsvertragsverhandlungen selbst zum Ausdruck zu bringen, sondern sie wie vielmehr nur darauf hin, dass der Reichstag ein etwas handelsabkommen nicht ratifizieren würde, wenn durch die Reparationsabgabe die Diskriminierung der deutschen Regierung bestehen bleibt, also eine Missverstehen, die factio nicht angefangen werden sollte. Die Vorwürfe von geheimer Seite, die nach dieser Erklärung erhoben wurden, als ob Deutschland versuchen wollte, mit den Handelsvertragsverhandlungen eine politische Angelegenheit zu verhindern, sind demnach vollkommen unbegründet gewesen. Die Rechtfertigung der Reparationsabgabe ist von deutscher Seite niemals zur Erörterung gestellt worden, sondern nur die tatsächliche Rückwirkung der Reparationsabgabe auf den Warenaufschlag. Die französische Presse hat allerdings eingehandelt, dass die 25 prozentige Reparationsabgabe für Frankreich ein Trumf bei den Handelsvertragsverhandlungen sei und als Kompenationsobjekt dienen sollte, und diese Eingeständnis wird nach den neuesten Meldungen aus Paris noch dadurch bestätigt, dass beabsichtigt wird, die Elsaß-Lothringer Kontingente zu einem Kompenationsobjekt zu machen. Der Vorwurf, die Reparationsabgabe mit den Handelsvertragsverhandlungen verknüpft zu haben, gilt nicht allein auf Frankreich zurück, trifft aber nicht Deutschland. Im Gegenteil ist durch die gebrüderlichen Mitteilungen vom Quai d'Orsay bestätigt worden, dass die deutsche Erklärung vom 5. November lediglich dahin lautete, dass ein Handelsabkommen auf die Ratifikation durch den Reichstag nicht zu rechnen habe, wenn Frankreich nicht auf die Reparationsabgabe verzichtet.

Misglückter Putsch in Athen.

London. Daily Mail berichtet aus Athen, dass ein Versuch zu einem revolutionären Handstreich, der um Mitternacht verübt wurde, durch das rasche Eingreifen der Regierung vereitelt wurde. Die Lage ist ruhig.

Paris. Havas meldet aus Athen: Die Blätter veröffentlichen Einzelheiten über das gescheiterte Militärkomplott. Sie betonen, dass die große Mehrheit der Offiziere sich absolut einer Einmischung der Armee in die politischen Angelegenheiten widersteht. Nach den bisher bekannt gewordenen Nachrichten scheint das Komplott gegen den Außenminister General Goudy gerichtet gewesen zu sein. An der aufrührerischen Bewegung hätten sich nicht mehr als etwa 30 Offiziere, darunter General Guila, beteiligt. Sie wollten die Wittenbachnachtigung der Kammer benutzen, um das Parlamentsgebäude mit Panzerautos zu umringen, die Mitglieder der Regierung festzunehmen, dem Parlament die Bedingungen zu dictieren und im Halle von Werderland die Diktatur zu errichten. Die Regierung, die rechtzeitig von diesem Komplott Kenntnis erlangte, habe unverzüglich die Maßnahmen getroffen und die aufrührerischen Offiziere festnehmen lassen, die keinen Widerstand geleistet hätten.

Die Vorbereitungen zur alliierten Konferenz.

Berlin. Die Vorbereitungen zu der interalliierten Konferenz sind nach den im Berliner Auswärtigen Amt vorliegenden Informationen auf dem Wege direkter Unterhandlungen zwischen London, Paris und Brüssel nun mehr beendet worden. Danach wird die Belegschafts konferenz voraussichtlich Anfang Januar in Brüssel zusammen treten, und zwar soll diese Konferenz nur etwa zwei oder drei Tage dauern und zu einem kurzen Beschluss kommen, der die Regelung der Belagerungsfrage insbesondere die Rücknahme der Körner Zone in Lüttich in Aussicht stellt. An dieser Konferenz werden nur England, Frankreich und Belgien beteiligt sein, sodass die Meldungen den englischen Presse, wonach zwischen den Belagerungsmächten eine Vereinigung erzielt worden sei, nicht unwahrscheinlich erscheinen.

Revolution in Rußland?

Paris. Die Pariser Morgenblätter bringen in großer Aufmachung eine Meldung, wonach in Rußland eine Revolution gegen die Sovjetregierung ausgetragen sei. Nach Eric Novelle haben die Matrosen in Kronstadt geweckt und droht gefangen genommen. Eine Festigung dieses Gerüsts bleibt abzuwarten.